

EU-Nachbarn wünschen sich mehr Schweiz

Neue Umfrage zeigt: Die Schweizer sind mit dem politischen System in der Schweiz zufriedener als die Bevölkerung in den angrenzenden Staaten mit der EU. Das hat auch historische Gründe

Stefan Bühler

Es ist eine provokative Studie. Die EU mit ihren 27 Mitgliedsstaaten könnte sie auch als Anmassung vonseiten der Schweiz bezeichnen. Denn erstens legt sie nahe, dass eine Annäherung zwischen Brüssel und Bern besser gelingen könnte, wenn die EU ihr politisches System in Richtung der schweizerischen halbdirekten Demokratie reformierte. Und zweitens liefert sie Hinweise, dass solche Reformen in der Bevölkerung unserer vier EU-Nachbarstaaten mehrheitlich willkommen wären.

Es ist die erste Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GfS Bern zur Europapolitik, die über die Landesgrenzen hinaus reicht: In der Schweiz sowie in den EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich befragte das Team von GfS-Studienleiter Urs Bieri im September je 1000 Personen zur Zufriedenheit mit dem demokratischen System. Mit deutlichem Ergebnis: 90 Prozent der Befragten in der Schweiz geben an, mit unserem politischen System zufrieden oder sehr zufrieden zu sein. Derweil sind in den Nachbarstaaten nur 50 Prozent zufrieden mit dem EU-System, 44 Prozent sind sehr oder eher unzufrieden (vgl. Grafik).

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Fragen nach einzelnen politischen Aspekten: Mit der Möglich-

keit zur Mitbestimmung sind in der Schweiz 93 Prozent zufrieden, bei den EU-Nachbarn sind dies nur 48 Prozent. Und auch wenn in der Schweiz gerne über Regulierungswut geschimpft wird, sind doch 87 Prozent zufrieden mit unseren Regeln. Die EU-Regeln werden derweil nur von 48 Prozent der Nachbarn als zufriedenstellend beurteilt.

Schliesslich sind 77 Prozent der Befragten in der Schweiz zufrieden mit den Resultaten der Politik. In den vier EU-Staaten hingegen ist eine knappe Mehrheit von 51 Prozent eher oder sehr unzufrieden mit den Resultaten der Brüsseler Regierungstätigkeit.

Mitsprache erwünscht

Aus Sicht der Mehrheit der Befragten in den Nachbarstaaten besteht derzeit keine politische Partizipationsmöglichkeit, die in der EU besser funktioniert als in der Schweiz, heisst es in der Studie. Und weiter: Die Befragten sähen die Schweiz bezüglich Abstimmungen und der Möglichkeit politischer Vorstösse «als demokratisches Vorbild für die EU».

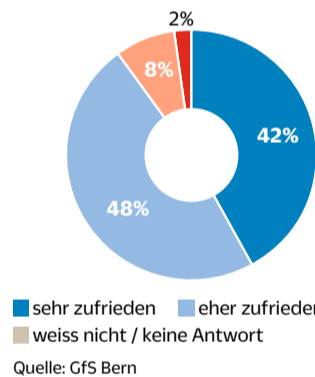
Folgerichtig wünschen sich in den Nachbarstaaten 75 Prozent einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte. Umgekehrt sehen in der Schweiz viele einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte in der EU als Voraussetzung für eine Annäherung zwischen Bern und Brüssel – eine knappe Mehrheit



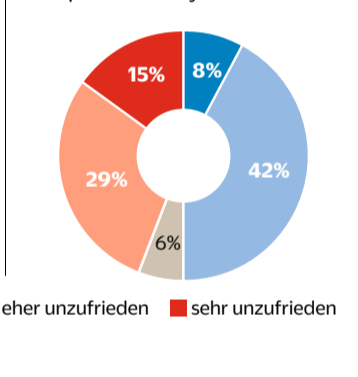
Politische Mitbestimmung fördert Zufriedenheit: Abstimmungslokal im Restaurant Alpenhof. (Wiesenberg, NW, 24. September 2017)

Höhere Akzeptanz in der Schweiz

Frage in der Schweiz: Wie zufrieden sind Sie generell mit dem politischen System der Schweiz?



Frage in Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien: Wie zufrieden sind Sie generell mit dem politischen System der EU?



Quelle: GfS Bern

von 51 Prozent der befragten Schweizerinnen und Schweizer wäre unter dieser Bedingung bereit, einem EWR-Bertritt zuzustimmen. Doch selbst wenn sich die EU dem direktdemokratischen System der Schweiz annähern würde, blieben die Übernahme von EU-Recht und die EU-Richter als Instanz bei Konflikten Knackpunkte und der EU-Bertritt in der Bevölkerung chancenlos.

In Auftrag gegeben hat die Studie Luzius Meisser, Mitgründer der Bitcoin Association Switzerland. Er ist Mitglied bei Kompass Europa und Autonomiestudie, jenen Organisationen, die sich erfolgreich gegen den vom Bundes-

rat im Mai versenkten Rahmenvertrag einsetzen. Meisser sieht in der Umfrage seine Positionen gestärkt: «In jedem einzelnen abgefragten Punkt, egal ob Corona-Politik, Schutz von Minderheiten oder sinnvolle Verwendung von Steuergeldern, schneidet die Schweiz besser ab als die Europäische Union», sagt er, «das müsste der EU-Kommission zu denken geben.» Und weiter: «Die Studie bietet auch klare Hinweise darauf, dass die Schweiz einer demokratischer organisierten EU gegenüber aufgeschlossener wäre.»

Doch sie die Frage erlaubt: Werden hier nicht Äpfel mit Birnen verglichen? Lässt sich das na-

tionale System der Schweiz mit der supranationalen Organisation der EU vergleichen? «Wir vergleichen nicht das System, sondern untersuchen, wie die unterschiedlichen Demokratiesysteme die grundsätzlichen Ansprüche der Bevölkerung an die Politik zu befriedigen vermögen», widerspricht Studienleiter Bieri von GfS Bern. Dies sei freilich nur ein Blickwinkel auf das Funktionieren der Demokratie: «In jedem Land gibt es eine andere Geschichte, unterschiedliche Kulturen und andere wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Sachzwänge.» Die Untersuchung sei als Diskussionsbeitrag zu verstehen, «sie leitet explizit keine Forderungen ab», sagt Bieri.

Volksrechte dank Revolten

Flankiert wird die Umfrage von einem Text von Professor Rolf Graber. Der Historiker zeigt auf, dass sich das System der Schweiz mit ausgebauten Volksrechten über Jahrhunderte entwickelte, oft getrieben von Revolten gegen die Obrigkeit im Inland. Dies habe sie zum «Experimentierfeld für Demokratie» gemacht, das vom Ausland interessiert beobachtet wurde. Zugleich, so Graber, erfolgten wesentliche Entwicklungen hin zu mehr politischer Mitsprache eher auf internationalen Druck, etwa das Stimmrecht für Juden oder für die Frauen. Was heisst das für die Gegenwart?

Auch heute gilt die Schweiz vielen als demokratiepolitisches Vorbild, wie die Umfrage zeigt. Zugleich steht sie unter Druck, ihr System den Regeln der EU anzupassen, will sie weiterhin einen privilegierten Zugang zum EU-Binnenmarkt.

«Als Sozialhistoriker glaube ich nicht, dass eine Demokratisierung der EU von oben, das heisst von den zuständigen politischen Gremien oder den Eliten ausgehen wird, sondern nur das Resultat von politischen Bewegungen von unten sein kann», schreibt Graber auf Anfrage. Der gegenwärtige Problemdruck lasse die Vermutung zu, dass grössere Protestbewegungen zu erwarten seien, die neben konkreten sozialen oder politischen Postulaten auch die Forderung nach mehr Partizipation enthalten könnten. Wann dies sein werde, lasse sich freilich nicht voraussagen.

Was den Druck der EU auf die Schweiz betrifft, schreibt er: «In historischer Perspektive hat es jeweils recht lange gedauert, bis die Schweiz dem Druck von aussen nachgegeben hat.» Ausschlaggebend seien der «Leidensdruck», den allfällige Sanktionen der EU erzeugen. Ob und wie rasch die Bevölkerung darauf reagieren wird, lasse sich aber nicht sagen.

Sicher ist nur: Die Weiterentwicklung der Demokratie ist nie abgeschlossen – weder in der EU noch in der Schweiz.

Classe politique

Thomas Hefti, Politikünstler, ist ins Knobeln geraten. Der FDP-Ständerat leitet die Jury, die bestimmt, wie man zur 175-Jahr-Feier der Bundesverfassung das Giebeldreieck am Bundeshaus künstlerisch veredeln könnte. Doch die Künstler liessen Hefti und Co. offenbar ratlos zurück – jedenfalls haben sie von den Schöpfern nun eine «Konkretisierung» ihrer Ideen verlangt. Und damit bleibt offen, ob wie geplant bis 2023 ein Werk fertig wird. Wir finden: Das muss es! Und schlagen darum für den Notfall eine praxisprobierte Inschrift vor: «L'art n'existe pas.»

Marie Levrat, Hoffnungsträgerin, ist gerade in den Freiburger Grossen Rat gewählt worden. Sie



Thomas Hefti Marie Levrat

stehe wohl noch ein Stück weiter links als ihr Vater, sagte sie dem «Tages-Anzeiger». Was nach Drohung tönt, können liberale Geister auch als Versprechen verstehen: Christian Levrat lancierte seine Karriere einst im Jungfreisinn und driftete dann nach links ins SP-Präsidium. Marie beginnt nun links – es ist also gut möglich, dass sie der- einst im FDP-Präsidium landet.

Schub für die neue Gentechnik

Coop, Migros und Bauernvertreter wollen der Genschere zum Durchbruch verhelfen

Daniel Friedli

Landwirtschaft und Gentechnik, das ist in der Schweiz seit langem eine verbotene Beziehung. Seit über fünfzehn Jahren ist der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen untersagt. Und auch die Möglichkeiten der neuen Gentechnik, des sogenannten Genome-Editing, haben an diesem Tabu bisher nichts geändert. Nun will eine prominente Allianz neuen Schwung in die Debatte bringen. Unter dem Namen «Sorten für morgen» hat sich diese Woche ein Verein konstituiert, der den modernen genetischen Züchtungsverfahren auf die Sprünge helfen will. «Wir wollen diesen Verfahren auch in der Schweiz eine Chance geben», sagt Präsident Jürg Niklaus.

Dass die Offensive politisch relevant ist, zeigt der Blick auf die Vereinsmitglieder: Mit dabei sind die grossen Detailhändler Coop und Migros, das Konsumentenforum und auf bäuerlicher Seite die mächtige Agrargenossenschaft Fenaco, die Bauern von IP-Suisse sowie die Obst-, die Gemüse- und die Kartoffelproduzenten. Damit deckt der Verein vom Acker bis zur Küche die ganze Lebensmittelkette ab, in der auch alle Akteure vor denselben Herausforderungen stehen: Klimawandel und Wetterkapriolen machen die Ernten unsicherer, gleichzeitig fordert die Gesellschaft mehr Nachhaltigkeit (und zum Beispiel weniger Pestizide), ohne dass dabei die Qualität der Produkte sinkt.

Genschere als Mittelweg

In diesem Zielkonflikt setzt der Verein grosse Hoffnungen in das Genome-Editing. Diese Technik erlaubt es, in einem Organismus gezielt Gene anzuschalten, abzuschalten oder einzufügen und so seine Eigenschaften zu verändern. So lassen sich etwa Kartoffeln züchten, die resistenter sind gegen Knollenfäule und daher weniger gespritzt werden müssen. Oder Salate, die mehr Vitamin C enthalten und so weniger schnell braun werden.

Im Unterschied zur klassischen Gentechnik geschieht dies aber



Hier könnte die Genschere gegen Fäulnis helfen: Kartoffelernte auf einem Hof im Seeland. (28. Oktober 2013)

«Wir haben die Sorge, dass die Schweiz hier etwas Grosses verpasst.»

gezielt und präzise an einer Stelle. Und nicht immer wird dabei fremde DNA eingeschleust, man kann mit dieser Genschere auch artigenes Erbgut umschreiben. Und unter Umständen ist dann beim Endprodukt gar nicht nachweisbar, ob es durch Editing oder durch traditionelle Züchtung entstanden ist. «Damit», sagt Fritz Rothen, der Geschäftsführer von IP-Suisse, «kann diese Technik für unsere Landwirtschaft einen sinnvollen Mittelweg darstellen zwischen dem konventionellen oder biologischen Anbau und der bisherigen Gentechnologie, die niemand will.»

Der Verein will darum nun eine breite Debatte über diese neue Technik antossen, wobei er sich aber explizit auf die Verfahren beschränkt, die nicht mit fremdem Erbgut arbeiten. Er will deren Potenzial darlegen, den Wissensaustausch fördern und mithelfen, sinnvolle gesetzliche Regeln zu finden. Denn die Politik habe die Entwicklung bisher verschlafen. «Die Wissenschaft hat hier einen

riesigen Schritt gemacht und viele Erkenntnisse vorgelegt. Doch in Politik und Gesellschaft ist das noch nicht richtig angekommen», sagt Jürg Niklaus.

In der Tat tut sich die Politik bisher schwer mit ihrer Reaktion auf die neuen Möglichkeiten. Der Bundesrat dachte 2018 einmal laut darüber nach, geneditierte Pflanzen anders zu behandeln als klassisch gentechnisch veränderte Organismen. Zuletzt stellte er diese Verfahren aber doch unter das rigorose Gentechnikgesetz und das geltende Moratorium.

Der Nationalrat hat diesen Entscheid soeben grossmehheitlich gestützt, auch mit dem Sukkors der Bauern. Ihr Dachverband hat kräftig mitgeholfen, die Landwirtschaft im Sinne vieler Konsumenten als «gentechfrei» zu positionieren, entsprechend zurückhaltend standen sie den neuen Züchtungsverfahren gegenüber. Zwar befürwortet auch der Bauernverband deren Erforschung sowie ganz allgemein mehr Engagement bei der Pflanzenzüch-

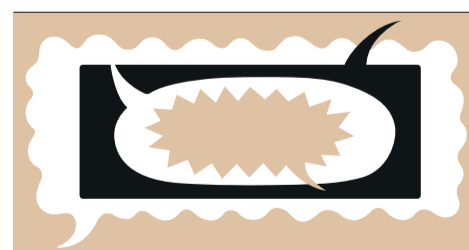
tung, «unabhängig von der Methode». Dem neuen Verein ist er aber bewusst nicht beigetreten, um unabhängig zu bleiben.

Angst vor den Risiken

Die Bauern beschäftigt dabei, was auch Umweltministerin Simonetta Sommaruga im Parlament angemahnt hat. Das Thema der neuen Züchtungsmethoden sei weit und komplex, es fehle an fundierten Risikoanalysen, und viele Fragen seien noch offen. Will man zum Beispiel geneditierte Produkte für die Konsumenten klar deklarieren, braucht es zuerst sichere Methoden, um die Eingriffe überhaupt nachweisen zu können.

Dass das Thema komplex ist, dem widerspricht auch Vereinspräsident Niklaus nicht. Doch umso dringender sei es, die Debatte dazu endlich richtig in Gang zu bringen. In den USA und in Asien sei die Diskussion schon viel weiter, sagt er. «Und wir haben die Sorge, dass die Schweiz hier etwas Grosses verpasst.»

Mit Locher Ruedi durch die Impfwuche



Showdown
Stefan Bühler

Locher Ruedi, der Vordenker bei uns im unteren Gürbetal, fürchtet um seine Autorität: die Impfgegner! Konkret: Rösti Roland, der ihm, Ruedi, beim Vordenken nicht mehr zuhört. Dabei hat Locher keinen Aufwand gescheut: Er hat die Videos von Christian Drostens ins Gürbetalische übersetzt und im «Bären» vorgetra-

gen. Er versuchte, so elegant wie Alain Berset zu reden, was bloss seine Frau etwas nervös machte: «Was scharwenkelst du so zise-liert?», fragte sie ihn gereizt, «haben sie im «Bären» etwa eine neue Serviertochter?» Rösti und seine ungeimpften Kumpanen aber zeigten sich resistent und ignorierten Lochers sämtliche Referate standhaft. Es war das erste Mal seit dem Einmarsch Napoleons im Gürbetal, dass einem Locher hier nicht zugehört wurde. Und damals war das einzig dem Umstand geschuldet, dass die Franzosen nur Französisch verstanden.

Locher telefonierte mit Christoph Berger von der eidgenössischen Impfkommission, fragte ihn, ob man allenfalls etwas Impfstoff in den Suchabis mischen könnte, den die unteren Gürbetaler doch so gerne essen? Aber Berger winkte ab. Darauf schrieb Locher einen Brief an Pfizer und schlug vor, den Impfstoff in die Viagra-Tabletten zu integrieren. «No way», beschied man ihm, «das wäre ein unkontrollierbarer Booster, nicht nur was

die Wirkung gegen Corona betrifft – gerade bei den Gürbetaler Männern!» Locher insistierte nicht. Doch sein Problem blieb ungelöst, die Ratslosigkeit stieg. In seinen finsternen Stunden setzte er sich bereits mit dem Undenkbareren auseinander – an den Stammtisch im «Hirschen» im oberen Gürbetal zu wechseln. Locher war so verzweifelt wie der Bundesrat nach der Impfwuche.

Bis ihm am Samstag im «Bären» ein Geistesblitz traf: Ruedi riss seine Maske vom Gesicht, stürmte durch die Gaststube, hustete und prustete in Richtung Rösti Roland und Kollegen und rief: «Jetzt stecke ich euch mit meinen Gentech-mRNA-Aerosolen an, mit meinen manipulierten Moderna-Viren!» Damit löste er eine Massenpanik aus: Hektisch zogen Rösti und seine Männer Schutzmasken über Mund und Nase und besprüh- ten sich mit Desinfektionsmittel.

Was der Vorfall epidemiologisch bewirkt, wird die Statistik in zehn Tagen zeigen. Doch ist gewiss: Locher Ruedi hört man besser zu.

ANZEIGE



Winterthur
Zürich Lochergut
Zürich am Hauptbahnhof

resedo.ch

re
se
do